Inhaltsverzeichnis

[A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2024: Packen wir es an! 1](#_Toc186484712)

[A2 Kunst statt Profit: Staatliche Filmförderung muss nicht rentabel sein 17](#_Toc186484713)

[A3 Lichter an, Ängste aus: So wird die Promenade sicher 20](#_Toc186484714)

[A4 “Globale Gerechtigkeit in der Finanzpolitik – die Gläubiger haben nichts zu verlieren als ihre Rendite” 22](#_Toc186484715)

[A5 Antrag auf Etablierung des Fachs „Integration“ in Schulen und Bildungseinrichtungen 25](#_Toc186484716)

[A6 Aus der Geschichte lernen heißt aus der Geschichte lernen – Geschichtsorte als Mahnmale und Bildung zugleich! 28](#_Toc186484717)

[A7 Nicht alles was neu ist glänzt – Warum Neubauten nicht mehr zeitgemäß sind 31](#_Toc186484718)

[A8 Weniger Festung Europa und Laissez-faire: Einen linken Gegenentwurf für eine progressive Migrationspolitik entwickeln 33](#_Toc186484719)

# A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2024: Packen wir es an!

**Antragssteller\*innen: Vorstand Jusos Münster**

Jungsozialist\*in sein bedeutet, sich für ein gerechteres System einzusetzen. Ein System, das eine Gesellschaft der Freien und Gleichen schafft und die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt sind. Dafür kämpfen wir gegen die Diskriminierung von Frauen, INTA, BIPoC und queeren und behinderten Menschen, denn wir verstehen uns als sozialistischer, feministischer, antifaschistischer, antirassistischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster, der auch darüber hinauswirken möchte.

Unserer Auffassung nach ist unter den derzeitig herrschenden kapitalistischen Umständen eine freie Entfaltung nicht möglich. Deswegen heißt das System, für das wir kämpfen: Demokratischer Sozialismus! Gerade in Zeiten, in denen rechtsextreme und faschistische Stimmen wieder gesellschaftsfähig geworden sind, müssen wir laut und geschlossen zusammenstehen. All jene, die sich unseren Vorstellungen und Idealen verbunden fühlen, laden wir herzlich dazu ein, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Sei es im Wahlkampf, auf dem PoliTisch, in Partei, Verband und natürlich auf der Straße. Für dieses Jahr gilt: Packen wir es an!

**I. Unsere inhaltliche Arbeit**

Als Jusos Münster haben wir den Anspruch, im Kleinen und Großen zu wirken. Grundlage dafür ist seit jeher unsere inhaltliche Arbeit. Eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem politischen und gesellschaftlichen Geschehen auf allen Ebenen ist unabdingbar für die starke Formulierung unserer Positionen. Davon nicht wegzudenken ist das ständige Reflektieren unserer bisherigen Arbeit. Unsere Grundwerte Feminismus, Sozialismus, Antifaschismus, Antirassismus und Internationalismus dürfen keine leeren Versprechen sein, über die nur gesprochen wird. Inwiefern wir unsere Ideale auch umsetzen, müssen wir immer wieder hinterfragen. Das gilt nicht nur für uns Jusos, sondern auch für unsere Mutterpartei. Eines unserer Ziele muss stets bleiben, unsere Erkenntnisse und Positionen auch in die SPD zu tragen. Gerade die anstehende Bundestagswahl wird uns richtungsweisend zeigen, wie tief rechte und faschistische Gesinnungen sich mittlerweile in unserer Gesellschaft verankert haben. Bis dahin müssen wir alles dafür geben, unserem Anspruch, der linke Motor innerhalb der SPD zu sein, gerecht zu werden. Der Ruck ins Rechte und Konservative ist eine Bewegung, die wir mit großer Sorge und Ernsthaftigkeit global und somit auch innerhalb der EU beobachten können. Umso wichtiger ist es, dass wir die SPD wieder zu einer Partei machen, die glaubwürdig den Bürger\*innen eine Perspektive bietet. Denn nur so erreichen wir eine Welt der Freien und Gleichen, davon sind wir fest überzeugt.

**I.I Unsere Themenbereiche**

Unsere Themenbereiche sind maßgeblich für unsere politischen Debatten und formen unser Engagement. In diesem Jahr sollen die Themen Antifaschismus und Antirassismus, Europa und Internationales, Feminismus, Kommunales und Bildung und Soziales und Umwelt, dabei besonders im Fokus stehen.

**Antifa und Antira**

Wer immer noch glaubt, ein Aufstieg der Völkischen würde sie\*ihn nicht betreffen, weil man beispielsweise keiner gesellschaftlichen Minderheit angehört, der\*dem müssen wir den gesellschaftlichen Stellenwert einer pluralen und demokratischen Gesellschaft neu entgegensetzen.

Zwei Phänomene dominieren beim globalen Rechtsruck. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich eine neue Welle des Antisemitismus über die Welt gelegt. Dabei reichen sich die Hamas-Apologet\*innen in der Linken, die völkische Rechte und der als „Jugendsünde“ abgetane Antisemitismus der Bürgerlichen die Hand. Unser PoliTisch Antifaschismus wird deshalb besonders Antisemitismus in den Mittelpunkt stellen. Unser Ziel ist es zudem, uns eingehend mit sämtlichen Erscheinungsformen von Rassismus auseinanderzusetzen, stellt er doch die zweite Seite der globalen Reaktion auf Krisen und Unsicherheit dar.

Mit den Erkenntnissen, dass der misogyne Faschist Donald Trump neuer (alter) US-Präsident wird, die weltpolitischen Krisen nicht nachlassen und auch in Deutschland ein Rechtsruck bei der Bundestagswahl zu erwarten ist, wollen wir als Jusos Münster all denjenigen einen Safe Space schaffen, die sich politisch gegen diese Entwicklungen stellen wollen. Unser Motto lautet: Zusammen sind wir mehr! Wenn wir solidarisch Seite an Seite der Betroffenen kämpfen und uns gegenseitig empowern, können wir als linker Jugendverband dazu beitragen, das gesellschaftliche Klima zu ändern.

Ein besonderes Augenmerk des PoliTisch Antifaschismus und Antirassismus wird in diesem Sinne darauf liegen, die anstehenden Wahlen im Vorhinein und in ihren Auswirkungen zu begleiten, um konkrete Strategien für uns Jungsozialist\*innen als Teil der zur Wahl stehenden Sozialdemokratie zu finden. Dazu bilden wir uns zum Beispiel mit antifaschistischen Rhetoriktrainings weiter.

Auch wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie eine humane Asylpolitik ohne populistische und rassistische Rhetorik aussehenkann. In diesem Zusammenhang ist auch eine Kritik an den Verschärfungen des Asylrechts durch die Ampelregierung notwendig und je nach Wahlergebnis ggf. durch die neue Bundesregierung. Hier wollen wir in den Austausch mit Vereinen gehen, die sich konsequent für eine humane und solidarische Asylpolitik einsetzen. Beispiele hierfür sind PRO Asyl oder IDA E.V.

Gleichzeitig geht es uns darum, Strategien zu finden, um aus dem Abwehrkampf gegen den Rechtsruck herauszukommen. Statt Nützlichkeitserwägungen und Verwertungslogiken heißen unsere Antworten auf Antisemitismus und Rassismus: Empathie und Solidarität! Wir entwickeln in diesem PoliTisch Zukunftsvorstellungen einer offenen und solidarischen Gesellschaft, die Migration nicht als „Wir“ und „Die“ sieht, sondern als gemeinsames Erfolgsprojekt und beleuchten bisher kaum bekannte Aspekte der deutschen Migrationsgesellschaft. Beispielsweise, indem wir in den Austausch mit Migrant\*innenselbstorganisationen und Zeitzeug\*innen der Migration treten.

Antifaschismus geht überdies nur gemeinsam mit den Gruppen, die sich in Münster in diesem Sinne engagieren. Für unsere eigene antifaschistische und antisemitismuskritische Bildungsarbeit wollen wir uns deshalb auf unseren PoliTischen vernetzen. Hier sind gemeinsame PoliTische mit dem Aktionsbündnis gegen Antisemitismus, dem Jugendbündnis gegen Rechts, mit Vertreter\*innen der Jüdischen Gemeinde oder dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft denkbar.

**Europa und Internationales**

Das Erstarken rechter Parteien in ganz Europa hat sich in der EU-Wahl 2024 klar abgezeichnet und ist nur der bisherige Höhepunkt einer langwierigen Entwicklung, die Europas demokratische Grundwerte erschüttert.

Ob in Italien, Frankreich, Schweden oder auch Deutschland, überall greifen rechte Parteien nach der Macht, in ihren Strukturen unterscheiden sie sich aber dennoch, genau wie sich auch die politischen Systeme der Länder unterscheiden. Als Jusos wollen wir uns mit den unterschiedlichen Gruppierungen der europäischen Rechten auseinandersetzen und ihre Vernetzung verstehen.

Damit verbunden ist auch die Migrationspolitik der EU. Im letzten Jahr haben wir uns bereits mit dem Abschiebedeal zwischen England und Rwanda beschäftigt, der mittlerweile auch im Grundsatzprogramm der CDU steht. Darauf wollen wir aufbauen und uns mit dem Einfluss der Rechten auf europäische Grenzpolitik und die Behandlung von Geflüchteten in Europa beschäftigen.

Das Asylrecht muss aufrechterhalten werden und nach der Ankunft in Europa braucht es eine Integrationspolitik, die sich gegen die aktuelle systematische Ausgrenzung von Geflüchteten stellt. Wir werden uns mit den aktuellen Problemen der Erstankunftsländer wie Italien und Griechenland beschäftigen, sowie mit den Kämpfen der Geflüchteten selbst.

Der Einfluss Russlands auf rechte Parteien und europäische Wahlen können in diesem Kontext nicht unerwähnt bleiben. Über soziale Medien versucht Russland gezielt die öffentliche Meinung zu beeinflussen und seine Macht auszubauen. Gleichzeitig verschwindet der Ukrainekrieg immer mehr im Hintergrund. Die Ukraine zu unterstützen, ist ein grundlegendes Ziel. Aber auch das Nachbarland Belarus soll thematisiert werden, wo sich auch unter starken Repressionen Widerstand organisiert.

Dabei wollen wir aber auch nicht die positiven Entwicklungen aus den Augen verlieren. In Ländern wie Litauen und Moldau haben zuletzt auch sozialdemokratische Parteien die Wahlen gewonnen, was können wir von diesen Beispielen lernen? Außerdem geben Ereignisse wie der Sturz Assads in Syrien Hoffnung auf positive Veränderungen, die wir wiederum unterstützen möchten.

Die Anzahl von Konflikten und Krisen weltweit kann überfordernd sein, deshalb möchten wir je nach Interesse und aktuellen Entwicklungen einige näher erforschen. Dabei ist es wichtig, besonders bei Konflikten im globalen Süden den Einfluss von Postkolonialismus und die einseitige Perspektive westlicher Medien zu hinterfragen.

Die Indigenen Menschen Mauris führten im November 2024 einem Protestmarsch durch ganz Neuseeland, um gegen einen Gesetzesentwurf zu protestieren, der ihre Rechte stark einschränken würde, und bekamen damit international Aufmerksamkeit, nicht nur für ihre eigenen Anliegen, sondern für die von Indigenen weltweit. Die Kämpfe von Indigenen Menschen soll deshalb dieses Jahr Thema im Politisch sein.

Auch Arbeitskampf wollen wir international denken, ob durch die Durchsetzung sozialer Politik auf EU-Ebene oder auch durch das Kennenlernen von aktuellen Arbeitskämpfen weltweit. Besonders jetzt,wo sich das politische Klima gegen antikapitalistische Bewegungen wendet, ist die Vernetzung untereinander wichtig. Internationalismus ist einer unserer Grundwerte und dementsprechend wollen wir uns mit den Zusammenhängen sozialistischer Kämpfe weltweit beschäftigen, wie wir diese unterstützen könne und auch wie sie uns beeinflussen.

**Feminismus**

In einer Zeit, in der es weltweit immer noch grundlegende Ungleichheiten und Diskriminierungen gibt, die Frauen und marginalisierte Geschlechter betreffen, wird es immer wichtiger, dass wir uns als sozialistische Jugendorganisation mit den Themen rund um Feminismus auseinandersetzen. Feminismus ist nicht nur eine Bewegung für Gleichberechtigung der Geschlechter – er ist eine Gesellschaftsbewegung, die tief in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und politischen Verantwortung verwurzelt ist. Deshalb ist es notwendig, dass wir als Jusos die feministischen Anliegen aufgreifen, thematisieren und nach außen tragen. Globale feministische Herausforderungen sind vielfältig und oft von systemischer Natur. In vielen Teilen der Welt erfahren Frauen, queere Menschen und nicht-binäre Personen eine doppelte Unterdrückung: sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch aufgrund ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft. Besonders betroffen sind Menschen in Regionen, die von Armut, Krieg und Krisen betroffen sind. Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und politischer Mitbestimmung ist für viele Frauen weltweit stark eingeschränkt. Eine der größten globalen feministischen Herausforderungen ist die weit verbreitete Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ob in Form von häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung oder Menschenhandel – Frauen und Mädchen sind weltweit überproportional von Gewalt betroffen. Laut UN Women erlebt weltweit jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens körperliche oder sexuelle Gewalt. Am Weltfrauentag sind die sozialen Medien überflutet von scheinbaren Solidaritätsbekundungen, doch wo ist die Empathie und die Unterstützungen im Alltag zu erleben? Wo sind die lauten und einfühlsamen Stimmen, wenn es zu Missbrauch, Vergewaltigung und Ungerechtigkeit kommt? Die Scham muss endlich die Seite wechseln, dafür steht die starke Frau Gisele Pelicot, die sich trotz unzähligen Vergewaltigungserfahrungen für die Sichtbarkeit von grausamen misogynen Verbrechen stark macht. Doch wie kann es nur so weit kommen? Diesem Problem müssen wir uns widmen. Doch die Herausforderungen unserer Gesellschaft, die vor allem durch patriarchale Strukturen geprägt wurden, sind vielfältig. In den meisten Volkswirtschaften erhalten Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Die Gender Pay Gap ist eine der zentralen Ungleichheiten, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und damit ihre gesamte Lebenssituation massiv beeinflusst. Vor allem wirtschaftliche Unsicherheiten ist einer der Hauptgründe, warum Frauen in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden. Die Care-Arbeit wird unbestreitbar vor allem auf den Schultern der Frauen getragen. Wie können sich weibliche Personen politisch partizipieren, Ihren Leidenschaften nachgehen, oder eine berufliche Karriere anstreben, wenn die Kindererziehung und die Arbeit im Haushalt alleine an ihnen hängen bleiben. Durch ein gesellschaftliches Umdenken, dass auch Männer in der Care-Arbeit mitdenkt und einer Finanzpolitik, die die Senkung von KiTa-Beiträgen und die pädagogische Unterstützung und Bildung der Kinder fördert, können wir unseren Zielen näher kommen. „Your body is a battleground“ als Illustration unserer Gesellschaft. In vielen Ländern haben Frauen\* keinen oder eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln oder sicheren Abtreibungen. Die Kontrolle über den eigenen Körper bleibt in vielen Gesellschaften eine Männerdominierte Institution. Besonders in konservativen und patriarchalischen Staaten werden Frauen\* auf ihren Körper und ihre Fähigkeit zur Reproduktion reduziert, wodurch sie ihre Autonomie verlieren. Gerade durch die äußerst prekäre gesundheitliche Versorgung, werden weibliche Personen nicht nur diskriminiert, sondern ebenfalls aus der Gesellschaft ausgeschlossene und mit ihren Problemen im Regen allein stehen gelassen. Unser Auftrag als Jusos ist es nicht nur, Druck auf die Politik auszuüben, um die Versorgungslage, besonders in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche, zu verbessern, sondern ebenfalls für das Thema zu sensibilisieren und Betroffene für ihre Entscheidungen nicht zu verurteilen. Im Gegenteil: Durch die gesellschaftliche Normalisierung von sexueller Selbstbestimmung müssen wir Frauen und Frauenärzt\*innen aktiv unter die Arme greifen und sie in ihrer Entscheidungsfindung entschlossen ermutigen. All diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Mit dem PoliTisch Feminismus ist es uns ein Anliegen, die Probleme direkt zu adressieren und über den Handlungsbedarf zu informieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wie genau sieht die Versorgungslage bezüglich Schwangerschaftsabbrüche aus? Wie können wir Männer ebenfalls in die Verantwortung der Care-Arbeit ziehen? Wie können wir die Botschaft, weibliche Körper nichts als „battleground“ zu missbrauchen, nach außen tragen? Wie können wir Betroffene nach Missbrauchserfahrungen unter die Arme greifen und helfen? All diese Fragen gilt es zu klären und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen.

**Kommunales und Bildung**

In unserer Gesellschaft ist die Politikverdrossenheit weit verbreitet. Viele Menschen haben das Gefühl, von der Politik entfremdet zu sein, und empfinden die Entscheidungsträger als abgehoben und eigennützig. Hinzu kommt, dass sich zahlreiche Menschen in den politischen Prozessen der Gesellschaft nicht wiederfinden. Diese Entfremdung und Nichtbeachtung ist ein Faktor des wachsenden Zuspruchs für Parteien wie die AfD.

Hier ist eine kritische politische Bildung ein wichtiges Mittel, damit Menschen im System zurechtfinden und sich über dieses System eine kritische Meinung bilden können. Wer die Prozesse hinter politischen Entscheidungen besser versteht, wer seine eigene Position in der Gesellschaft und ihr historisches Entstehen erfassen kann, der kann sich selbst aktiv und kritisch in unsere Gesellschaft einbringen. Eine kritische politische Bildung ermöglicht also ein kritisches Verhältnis zum Status Quo zu entwickeln und ist so ein Beitrag zur Emanzipation vom System . Politische Bildung kann zudem vor Fake News schützen, indem sie ein differenziertes Verständnis für gesellschaftliche Probleme vermittelt.

Im Herbst 2025 findet in Münster die Kommunalwahl statt, eine gute Gelegenheit, um sich intensiv mit unseren politischen Forderungen zu auseinanderzusetzen – beispielsweise durch die Beschäftigung mit unseren Themenmonaten. Welche Projekte werden aktuell in Münster umgesetzt oder stehen dringend an? Wie sieht der Haushalt aus, und welche Themen werden gerade im Stadtrat diskutiert? Und vor allem: Was wünschen wir uns für Münster mehr, um die Stadt noch lebenswerter und gerechter zu gestalten?

Dabei ist es sinnvoll, den Dialog zu suchen und Expert\*innen aus unterschiedlichen Bereichen einzuladen. Das könnten beispielsweise Ratsmitglieder- oder Vertreter\*innen der Stadtverwaltung sein, genauso wie Leiter\*innen von Frauenhäusern oder Fachleute aus der Jugendhilfe. Diese Begegnungen bieten die Chance, praxisnahes Wissen zu gewinnen, konkrete Herausforderungen besser zu verstehen und unsere politischen Positionen darauf auszurichten. Gemeinsam können wir diskutieren, wie wir die Lebensqualität in Münster weiter verbessern und für eine sozial gerechte, nachhaltige und zukunftsfähige Stadt eintreten können.

**Soziales und Umwelt**

Krisen wie der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine oder die Folgen der Corona-Pandemie sind Faktoren, zu systemischen Tendenzen wie der Umverteilung von Vermögen von unten nach oben und die Sozialisation von Schulden, bei Privatisierung des Profits dazu kommen und bei vielen Menschen für einen realen sozialen Abstieg sorgen. Die Demokratie ist unter Druck durch rechte Kräfte, die die Probleme der Menschen ausnutzen und Hass und Hetze verbreiten. Darüber hinaus schwebt das generelle Problem der Klimakatastrophe immer in der Luft und droht, bei der Politik in Vergessenheit zu geraten.   Es braucht Lösungen, die sowohl die Probleme der sozial Geschwächten in den Fokus nehmen, als auch langfristige Perspektiven für eine klimaneutrale Zukunft beachten. Dabei wollen wir beim PoliTisch Soziales und Umwelt einige Themen besonders in den Fokus rücken. Wohnungsnot und hohe Mieten sind Themen, die gerade auch junge Menschen besonders treffen. Wir wollen uns anschauen, was es mit der Mietpreisbremse auf sich hat, die derzeit so oft in der politischen Debatte diskutiert wird. Darüber hinaus wollen wir uns den zunehmenden Leerstand angucken. Laut einer Erhebung, die in den letzten Monaten medial diskutiert wurde, waren Stand 2022 über 4% aller Wohnungen leerstehend. Auch in Münster wird mit ca. 3400 leerstehenden Wohnungen gerechnet. Weniger als im Schnitt, aber trotzdem enorm viel. Was hat es mit diesem Leerstand und den damit verbundenen Spekulationsmöglichkeiten auf sich, wie lassen sich die immer weiter steigenden Mieten einordnen und verhindern? Diese Fragen werfen wir auf und wollen uns die Situation mal genauer anschauen. Fehlender Wohnraum, schlecht ausgestattete Schulen und ein kaputtes Gesundheitssystem. Angesichts dieser Herausforderungen meinen manche Politiker\*innen, es sei richtig, Gruppen gegeneinander auszuspielen – als wären flüchtende und arbeitslose Menschen an einer fehlenden Finanzierung zur Bewältigung von Problemen schuld. Uns ist klar: die Ursache liegt woanders. Wir wollen uns mit ernsthaften Finanzierungsvorschlägen auseinandersetzen. Viel diskutiert wird in diesem Kontext die Schuldenbremse. Deshalb möchten wir gemeinsam erarbeiten, wie die Schuldenbremse funktioniert und ob eine Reform oder gar eine Abschaffung sinnvoll ist. Im Bereich der Umwelt wollen wir auch unseren Blick auf etwas technischere umweltpolitische Themen richten. Welchen Einfluss hat die globale Erwärmung bereits auf die uns umgebenden Natur? Noch machen sich Katastrophen in Deutschland nicht in einem so verheerenden Ausmaß bemerkbar, wie anderenorts. Die globale Erderwärmung hat aber großen Einfluss auf unsere Ökosysteme, die bereits jetzt alarmierend reagieren. Abschließend möchten wir uns im Vorfeld der Kommunalwahl im Herbst mit den Forderungen der Parteien zu sozialen und umweltpolitischen Herausforderungen auseinandersetzen. Denn obwohl viele Ursachen struktureller Natur sind und auf Landes- und Bundesebene angegangen werden müssen, bietet die Kommunalpolitik zahlreiche Hebel, um Veränderungen direkt vor Ort anzustoßen. Ob im Wohnungsbau, bei der Verkehrswende oder im Klimaschutz – die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt hängt maßgeblich von mutigen Entscheidungen auf kommunaler Ebene ab, Münster für klimatische Veränderungen zu wappnen und für eine Stadt zu sorgen, in der wirklich alle Menschen ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds leben können.

**I.II Unsere Seminare**

Ein Verbandsleben der Jusos Münster ohne Seminare ist mittlerweile gar nicht mehr vorstellbar, gemeinsam mit unserem wöchentlichen PoliTischen bilden sie das Herzstück unserer Bildungsarbeit vor Ort.

Auch in diesem Jahr soll unser Anspruch sein, mehrere inhaltliche Tages- und Wochenendseminare zu veranstalten. Dabei wollen wir aktiv die Expertise von Referent\*innen befreundeter Organisationen und offizieller Träger politischer Bildung hinzuziehen. Im Vorlauf der Kommunalwahl werden wir uns mit einem Tagesseminar auf den Wahlkampf vorbereiten.  Wir streben an – gegebenenfalls in Kooperation mit anderen UB/KVen oder befreundeten Organisationen – einen Austausch in ein europäisches Nachbarland zu veranstalten.

Auch wollen wir erneut ein Wochenendseminar mit anderen UB oder KV abhalten, um die Vernetzung über Münster hinaus zu stärken. Unabdingbar ist für uns Jusos Münster nach wie vor, jedes Thema auch aus einer feministischen Perspektive zu betrachten. Deshalb setzen wir bei unseren Seminaren auf die feministische Viertelstunde und versuchen darüber hinaus, zusätzlich in jedem Programmpunkt der Seminare die feministische Perspektive zu begleiten.

Um unsere Jusos zu ermutigen, bei unseren Mitgliederversammlungen eigene Anträge einzureichen, setzen wir weiterhin auf das bewährte Mittel der Antragsschule, welche in einem ausreichenden Abstand zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2025 stattfinden soll. Da unsere inhaltlichen Positionen die Grundlage unserer Arbeit sind, sollen hierbei alle Genoss\*innen, allein oder in Gruppen, empowert werden, sich bei den Anträgen mit einzubringen. Darüber hinaus hat sich in den letzten Jahren die „Ideenwerkstatt“ als besonders erfolgreich erwiesen, weswegen wir diese wiederholen werden. Bei der Ideenwerkstatt sollen im Sommer mit Referent\*innen Themen und Forderungen, die beispielsweise auf unseren PoliTischen aufkommen, in Anträge verwandelt werden. Sowohl bei der Antragsschule als auch bei der Ideenwerkstatt sind Vorstandsmitglieder besonders gefragt, solche (Gruppen-)Arbeiten zu fördern.

Nicht nur durch unsere eigenen Seminare mit anderen UB/KVs, sondern auch durch das vielfältige Bildungsangebot der NRW Jusos wollen wir nutzen, um uns landesweit mit Genoss\*innen zu vernetzen. Deshalb ist es unser Anspruch, auf jeder Landesveranstaltung aus Münster vertreten zu sein. Dabei wollen wir vor allem FINTA und BIPoC empowern, sich zu beteiligen. Angebote der Kreisverbände im Münsterland nehmen wir -sofern terminlich passend - wahr und laden die umliegenden Kreis- und Stadtverbände auch zu unserem Seminarangebot ein.

**I.III Aktionswoche gegen Antisemitismus, feministischer März und antirassistischer Oktober**

Seit vielen Jahren führen wir in Münster unsere Aktionswoche gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel durch. Auch in diesem Jahr wollen wir wieder ein vielfältiges Programm erarbeiten und dabei auch auf die Expertise von externen Referent\*innen setzen. Auch wollen wir hierbei wieder mit unseren Bündnispartner\*innen wie das Jugendbündnis gegen Antisemitismus und das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zusammenarbeiten. Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel zeigt sich das hässliche Gesicht des Antisemitismus mit all seinen Facetten, deshalb muss unser Kampf gegen Antisemitismus laut und stark geführt werden.

Darüber hinaus wollen wir das Format des feministischen März weiterführen. Den gesamten März über wollen wir über den feministischen Kampftag/ Weltfrauentag hinaus uns mit verschiedenen Formaten und Aktionen mit unserem Grundwert Feminismus auseinandersetzen. Hierbei wollen wir all unseren Mitgliedern die Notwendigkeit des feministischen Kampfes näherbringen, neue Perspektiven kennenlernen und feministische Debatten in die SPD tragen. Um die Debatte auch in die Stadtgesellschaft zu bringen, wollen wir über unseren eigenen Tellerrand hinausschauen und die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner\*innen und externen Gäst\*innen suchen.

Außerdem wird in diesem Jahr der antirassistische Oktober eingeführt. Dieser Monat ähnelt dem Format des feministischen März und dient ebenfalls für Vorträge und Aktionen rund um das Thema Antirassismus. Auch wenn unser Ansporn ist, alle unsere Themen aus antirassistischer Perspektive zu beleuchten, reicht dies oft nicht aus und das sehr wichtige Thema wird nur kurz behandelt.

**II. Unsere Arbeitsweise**

Eines der wichtigsten Anliegen der Jusos Münster ist die Vernetzung und Repräsentation auf den verschiedenen Ebenen unseres Verbandes und der Partei. Sowohl auf der Landesebene als auch in der Kommunalpolitik mit dem Fraktionsvorsitz sind wir vertreten. Im Unterbezirksvorstand zeigen wir seit ca. zwei Jahren eine besonders starke Präsenz. Mit zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einem Beisitzer, verschiedenen Beauftragungen und dem Schriftführer sorgen wir für den nötigen Anstoß jungsozialistischer Ideen. Ergänzend dazu findet man uns auf Parteitagen, Landes- und Bundeskonferenzen, auf denen wir unsere Anträge einbringen, verteidigen und gemeinsam für die beste Beschlusslage kämpfen. Mit unserer Präsenz in Ausschüssen, Parteitagen und Konferenzen soll auch in diesem Jahr wieder zu rechnen sein und dafür sorgen, dass Münster auch in Zukunft der bedeutende Unterbezirk bleibt, der er schon so lange ist.

**II.I Der PoliTisch**

Jede\*r Jungsozialist\*in in Münster weiß, dass wir seit jeher jeden Donnerstag zusammenkommen und uns gemeinsam dem aktuellen politischen Geschehen, inhaltlichen Debatten und der Vernetzung widmen. Der gemeinsame Austausch und das ein oder andere Kaltgetränk sind dabei unabdingbar für unseren Zusammenhalt. Deshalb wollen wir auch in diesem Jahr unsere wöchentlichen Treffen nicht missen und wechseln dabei unsere PoliTisch-Gruppen in alphabetischer Reihenfolge.

Eine Ausnahme dabei bildet der PoliTisch Organisatorisches. Auf unserem öffentlichen Vorstandstreffen wollen wir gemeinsam Aktionen und Termine planen und über Veranstaltungen informieren. Dazu gehört auch der Bericht aus den verschiedenen Ebenen des Verbandes und der Partei. Die Vertreter\*innen der Stadt Münster, der Bundesvorstand der Jusos, der Landesvorstand der NRW-Jusos, der Unterbezirksvorstand der SPD Münster sowie die örtliche Juso-Hochschulgruppe berichten hierbei von den Ereignissen und ihrer Arbeit des jeweils vergangenen Monats. Ist ein Besuch der einzelnen Vertreter\*innen aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich, erwarten wir, dass der\*dem Sprecher\*in ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird, der den anwesenden Genoss\*innen vorgestellt werden kann. Eine Ausnahme stellt hierbei die Berichterstattung aus dem Bundesvorstand der Jusos dar. Da Münster hier nicht personell vertreten ist, liegt die Verantwortung bei dem\*der Sprecher\*in, einen Bericht vorzulegen.

Auch die inhaltliche Auseinandersetzung verschiedenster Themen soll auf dem PoliTisch Organisatorisch nicht zu kurz kommen. In der Vergangenheit hat sich dafür die politische Viertelstunde bewährt. Dabei wollen wir abwechselnd eine politische und eine feministische Viertelstunde durchführen. Darüber hinaus wollen wir anstatt der politischen Viertelstunde auch andere Formate ausprobieren, um unseren Mitgliedern ein besseres Angebot für den aktuellen Austausch zu ermöglichen.

Eine gängige Methode auf unseren inhaltlichen PoliTischen ist die Gruppenarbeit. Gruppenarbeit ermöglicht den Teilnehmenden, sich einem Schwerpunkt der jeweiligen Thematik zu widmen. Um den Zugang niedrigschwellig und für Fachfremde zugänglich zu halten, verzichten wir bei dem Material auf wissenschaftliche Arbeiten und Studien. Das Einladen von Expert\*innen und Referent\*innen zu einem Thema, soll weiterhin eine Möglichkeit bleiben, sowie PoliTische, die außerhalb des Büros stattfinden, wie zum Beispiel der Besuch einer Initiative oder eines Vereins.

**II.II Die Vorstandsarbeit**

Grundlegend für die starke Präsenz der Jusos Münster ist eine breite Beteiligung. Um weiterhin das bestmögliche Angebot für politische Partizipation zu haben, trifft sich der Vorstand mindestens einmal im Monat (besser zwei Mal), um anstehende Aufgaben, Projekte und Veranstaltungen zu koordinieren.

Auf dem PoliTisch Organisatorisch werden alle bedeutenden organisatorischen und inhaltlichen Entscheidungen mit allen Anwesenden gemeinsam getroffen. Darüber hinaus sind Funktionär\*innen verschiedenster Ebenen anwesend, um sich mit den Fragen und Anregungen der Mitglieder auseinanderzusetzen.

Die Mitglieder müssen sich darauf verlassen können, dass die auf dem PoliTisch Organisatorisch und Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse und Entscheidungen umgesetzt werden. Zusätzlich soll sich der Vorstand dazu verpflichtet fühlen, besonders aktiv an den Veranstaltungen der Jusos Münster teilzunehmen. Daher gilt die Erwartungshaltung an alle Vorstandsmitglieder, sich im besonderen Maße zu beteiligen und zu engagieren. Jedes Vorstandsmitglied ist dafür für eine PoliTisch-Gruppe und einen bestimmten Arbeitsbereich zuständig. Diese Arbeitsbereiche sind Bildungsarbeit, Bündnisarbeit, Gleichstellungsarbeit, Neumitgliederarbeit, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vernetzung mit der Juso-Hochschulgruppe. Der Vorstand soll darüber hinaus jeweils ein\*e Ansprechpartner\*in für Schüler\*innen und Auszubildende benennen, um eine eventuelle Neugründung einer JSAG Münster zu ermöglichen. Zusätzlich wird es eine Ansprechperson für BIPoC geben, um das Empowerment in unseren eigenen Strukturen voranzutreiben. Die jeweiligen Zuständigkeiten und Ansprechpartner\*innen sollen auf jedem PoliTisch Organisatorisch und darüber hinaus transparent gemacht werden.

**II.II Wahlen 2025**

2025 stehen zwei Wahlkämpfe an - der Bundestagswahlkampf und der Kommunalwahlkampf. Bei beiden Wahlen wollen wir Jusos die Sozialdemokratie fördern und unsere Genoss\*innen soweit es geht unterstützen. Wir wollen, dass die SPD ein gutes Wahlergebnis erzielt.

Unsere Juso-Kandidat\*innen wollen wir bei der Kommunalwahl besonders unterstützen und empowern.

**II.III Awareness-Arbeit**

Politische Arbeit kann mitunter sehr belastend sein. Lange galt das Dogma, man könne für Politik nicht sensibel und emotional sein, sondern müsse „abgehärtet“ sein. Das dieses Dogma seinen Ursprung im Patriarchat hat und vor allem für privilegierte weiße cis Männer funktioniert, ist mittlerweile mehr als eindeutig. Marginalisierte Gruppen werden noch immer im politischen Kontext vernachlässigt und diskriminiert, was dazu führt, dass viele ihr politisches Engagement beenden. Wir in Münster wollen uns dagegen wehren und dabei auch unsere eigene Struktur reflektieren.

Nachdem wir vor zwei Jahren ein Awareness-Konzept eigens für die Jusos Münster beschlossen haben, soll die Arbeit der Awareness Kommission im nächsten Jahr weitergehen. Die Awareness Kommission soll sich fortlaufend mit der Thematik auseinandersetzen und weiter daran arbeiten, das Awareness-Konzept zu verbessern. Denkbar wäre in dem Zuge auch eine Fortbildung, wie sie zum Beispiel der Weiße Ring anbietet.

**II. IV Kooperation und Bündnisarbeit**

Die Bündnisarbeit hat für uns einen besonderen Stellenwert. Für den gemeinsamen Kampf der gesellschaftlichen Veränderung ist es von großer Bedeutung, sich mit anderen linken Kräften zusammenzuschließen. Es zeigt sich oft, dass progressive Mehrheiten sehr wohl in der Gesellschaft existieren, weswegen die Zusammenarbeit besonders gefördert werden muss. Bündnisse zu suchen, bedeutet zudem, sich mit Organisationen und (Stadtteil)Initiativen zu vernetzen. Ein besonderer Fokus soll daher im kommenden Jahr auf Ansprechpartner\*innen liegen, die sich für die Belange prekarisierter Menschen in Münster einsetzen.

Unerlässlich ist deshalb das enge Verhältnis zu unseren Freund\*innen der Juso-Hochschulgruppe in Münster. Deshalb ist es seit jeher Tradition, dass ein Vorstandsmitglied von der Juso-Hochschulgruppe nominiert wird und die Vernetzung der beiden Gruppen ermöglicht. Die Vernetzung geschieht in Form von gemeinsamen Plena, PoliTischen und der gemeinsamen Weihnachtsfeier. Doch die Juso-Hochschulgruppe soll sich auch darüber hinaus auf unsere Freund\*innenschaft verlassen können. So wollen wir uns auch in diesem Jahr wieder im Hochschulwahlkampf einsetzen und dabei unterstützen, wo wir nur können, wenn Wahlkampfplakate aufgehängt und Aktionen durchgeführt werden. Kandidaturen von an der Universität Münster eingeschriebenen Jusos unterstützen wir ausdrücklich. Wir kämpfen um die Plätze im StuPa und Senat helfen der Juso-Hochschulgruppe dabei, stärkste Kraft zu werden. Auf eine enge Zusammenarbeit und Kontakt zwischen Verantwortlichen der Hochschulgruppe und des Juso-Vorstandes können und wollen wir auch in diesem Jahr nicht verzichten.

Wir Jusos Münster ordnen unsere Beziehung zur SPD unter dem Begriff „Kritische Solidarität“ ein. Das bedeutet, dass wir ein linkes Sprachrohr innerhalb der Partei sind, das sich für die Position und Bedürfnisse junger Menschen in der SPD einsetzt. Folglich bringen wir uns in die Strukturen der Partei ein und sind im Vorstand der SPD Münster vertreten. Für einen effizienten Austausch über den Wahlkampf hinaus ist deshalb auch die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen wichtig.

Um auch mal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, vernetzen wir uns mit mehreren linken Bündnissen hier vor Ort. Seit mehreren Jahren sind das das Kein Meter Bündnis, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sowie das Jugendbündnis gegen Antisemitismus. Trotzdem sind wir stets offen für neue Kooperation und Bündispartner\*innen, die sich gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus oder auch für die Umwelt einsetzen. Auch die Vernetzung für gemeinsame Veranstaltungen mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Münster wollen wir weiter vorantreiben. Wir sind überzeugt, dass wir die Herausforderungen in Münster und die Belange junger Menschen am besten gemeinsam bewältigen. Dafür wollen wir mit den Bündnispartner\*innen neben der gegenseitigen Unterstützung auf Demonstrationen auch häufiger in den direkten Austausch kommen. Dies kann etwa in Form von gemeinsamen Plena geschehen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Der 1. Mai ist für uns Jusos jedes Jahr aufs Neue ein wichtiger Tag. Wir sind nicht nur an einem Tag im Jahr solidarisch mit jenen, die sich für Arbeitnehmer\*innenrechte einsetzen.

Es ist uns ein großes Anliegen, die Quote der Gewerkschaftsmitglieder in unseren Reihen auf einem hohen Niveau zu halten. Dies fördern wir gezielt mit Informationen über die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft. Wir wollen weiterhin einen engen Austausch mit der Gewerkschaftsjugend suchen. Dazu gehört, dass wir den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen in Münster aktiv unterstützen, zu Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend aufrufen und uns für eine Wiederbelebung eines Jugendgewerkschaftsrats einsetzen. Die Bildungsangebote der Gewerkschaftsjugend in der Region und in Nordrhein-Westfalen nehmen wir wahr, um den Austausch zu fördern.

Auch die Verbände der Arbeiter\*innenjugend – besonders die Arbeiterwohlfahrt, die Falken, der ASB – sind wichtige Bündnispartner\*innen der Jusos. Auf einen neuen Austausch wollen wir ein besonderes Augenmerk legen.

Für eine Zusammenarbeit auf einer parteipolitischen Arbeit hat sich vor allem die Nähe zur Grünen Jugend in Münster in der Vergangenheit als gewinnbringend herausgestellt. In diesem Jahr möchten wir den Kontakt weiter intensivieren und mindestens ein gemeinsames Plenum anstreben.

Da der Kampf gegen Rechts immer bedeutsamer wird, wollen wir im nächsten Jahr auf eine besonders effiziente Bündnisarbeit setzen. Dafür wollen wir möglichst schnell einen neuen Arbeitskreis Bündnisarbeit gründen, um in möglichst vielen Bündnissen Präsenz zu zeigen. Die Verantwortung für diesen Arbeitskreis liegt bei der Bündnisbeauftragung.

**II.VI Gleichstellungsarbeit**

Eine wirkungsvolle feministische Arbeit verlangt vor allem zwei Dinge: Reflektion und Kontinuität. In einer patriarchalen Gesellschaft wie die unsere, ziehen sich die sexistischen und queerfeindlichen Strukturen durch alle Ebenen. Wir sagen diesen Strukturen den Kampf an und setzen uns dafür ein, dass FINTA nicht mehr systematisch unterdrückt werden, um unseren Traum einer Gesellschaft der Freien und Gleichen näherzukommen. Gerade deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, auch unser eigenes Verhalten innerhalb unseres Verbandes ständig zu reflektieren und aufzuarbeiten. Nur zu sagen „Ich bin Feminist\*in“, ist etwas, was schon lange nicht mehr reicht. Ein Verband, der sich selbst als feministisch bezeichnet, muss sich auch über solche Aussagen hinweg dafür einsetzen, dem Patriarchat ein Ende zu bereiten.

Ein effektives Mittel dafür sind die in Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe stattfindenden Vernetzungstreffen. Dabei setzen wir auf zweierlei Formate. Einmal wollen wir uns bei FINTA-Vernetzungstreffen von patriarchaler Gewalt Betroffenen die Möglichkeit für einen Austausch bieten. Hierzu sind ausdrücklich alle eingeladen und erwünscht, die sich unter dem FINTA Begriff verordnen. Bei den Frauenmensatreffen soll hingegen explizit ein Schutzraum für Frauen geschaffen werden. An dieser Kontinuität wollen wir auch in diesem Jahr mittels eines zwei Wochen Rhythmus festhalten. Auch über FINTA-Vernetzungstreffen wollen wir im nächsten Jahr sprechen. Weiterhin halten wir an unserem feministischen Neumitgliederkonzept fest, um mehr FINTA für die Mitarbeit zu gewinnen. Deshalb wollen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir die Vernetzung von FINTA in Münster vor Ort weiter stärken können. Passende Formate dafür könnten etwa Schulungen und Seminare sein, die sich ausschließlich an FINTA richten, oder ein gemeinsamer Ausflug. Darüber hinaus ist es uns ein besonders wichtiges Anliegen, FINTA zu empowern, sich auf der Landes- und Bundesebene einzubringen. Dazu gehören Delegationen, aber auch alle Veranstaltungen außerhalb von Münster. Für die Veranstaltungen gilt der Anspruch, dass die Mitglieder aus Münster möglichst quotiert teilnehmen.

Da feministische Arbeit allerdings nicht lediglich aus dem Empowerment von FINTA besteht, sehen wir männliche Mitglieder in der Pflicht, sich ständig ihre eigene Position im Patriarchat und der daraus resultierenden Privilegien bewusst zu werden. Männliche Mitglieder sollen sich im besonderen Maße dazu aufgefordert fühlen, sich mit der Thematik auseinander zu setzen, weswegen die Erwartungshaltung gilt, die feministischen Bildungsangebote auf allen Ebenen nach Möglichkeit wahrzunehmen. So wollen wir daran arbeiten, dass Feminismus kein Arbeitsbereich ist, der ausschließlich von FINTA behandelt wird. Für unsere eigene Struktur in Münster wollen wir an unseren Wochenendseminaren Genderplena abhalten, die von Personen geleitet werden, die der Vorstand hinsichtlich ihrer bisherigen Erfahrung in Bezug auf Awarenessarbeit auswählt.

Gewinnbringend ist auch die Zusammenarbeit mit feministischen Akteur\*innen der Stadtgesellschaft, die wir auch in diesem Jahr fortführen wollen. Eine Kooperation mit anderen progressiv feministischen Kräften ist also etwas, was wir angehen wollen. Egal ob am feministischen Kampftag, dem internationalen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen oder dem Protest gegen die fundamentalistischen Abtreibungsgegner\*innen des 1000-Kreuze-Marsch, mit uns Jusos Münster muss zu rechnen sein.

Auch innerhalb der eigenen Partei wollen wir den intensiven Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Münster beibehalten und weiter ausbauen, um neue Möglichkeiten der Kooperationen zu evaluieren.

**II.VII Öffentlichkeitsarbeit**

Seit Corona konnten wir unseren Auftritt in den sozialen Medien deutlich verbessern. So wurde das Format des Takeovers auf Instagram eingeführt, an dem wir weiterhin festhalten wollen. Neben der Vorstellung des neuen Vorstands über die Takeover ist darüber hinaus denkbar, Vertreter\*innen der verschiedenen Ebenen wie der Landes- und Bundesebene, aber auch den Juso-Mitgliedern im Rat, die Möglichkeit zu geben, über dieses Format die eigenen Herzensthemen an die Follower\*innen heranzutragen. Zu unserer Socialmedia-Arbeit gehört auch, sich an wichtigen Aktions- und Gedenktagen mit der jeweiligen Thematik auseinanderzusetzen. Dafür wollen wir erneut monatlich einen Postingplan zu diesen Tagen erstellen. Dazu gehört ebenfalls, am Anfang jeden Monats einen Info-Post mit allen Veranstaltungen zu veröffentlichen. Weiter wollen wir auch unseren alltäglichen Socialmedia-Auftritt intensivieren. So soll es für alle Veranstaltungen Ankündigungspostings auf Instagram und die PoliTische zusätzlich am Vortag durch eine Instagram-Story angekündigt werden. Die PoliTische und Veranstaltungen sollen jeweils mit Storys begleitet werden. Dadurch wollen wir potenzielle Neumitglieder, aber auch interessierte Mitglieder niedrigschwelliger erreichen und für unsere Arbeit begeistern. Auch wollen wir offen bleiben, unsere Onlinepräsenz auf neueren Socialmedia-Kanälen wie TikTok zu etablieren.

Darüber hinaus wollen wir in diesem Jahr versuchen, einen Schritt weiter Richtung Barrierefreiheit zu gehen. Dafür ergänzen wir unsere Inhalte auf der Website und Texte auf Instagram durch leichte Sprache und Alternativtexte. So wollen wir sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung oder auch geringen Deutschkenntnissen nicht von der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Neben der Onlinepräsenz wollen wir die Printmedien Münsters weiterhin nicht außer Acht lassen. Durch regelmäßige Pressemitteilungen wollen wir unsere Statements in den lokalen Medien präsentieren.

**II.VIII Neumitgliederarbeit**

In Münster macht Neumitgliederarbeit vor allem die Neumitgliederseminare aus. In regelmäßigen Abständen wollen wir auch weiterhin diese Treffen veranstalten, die von der\*dem Neumitgliederbeauftragten organisiert und durchgeführt werden. Darüber hinaus meldet sich die\*der Neumitgliederbeauftragte an neu in Münster gemeldete Mitglieder und weist auf diese und weitere Teilhabemöglichkeiten hin. Unser Vielfaltskonzept und feministisches Neumitgliederkonzept soll weiterhin Neuerungen in unserer Neumitgliederarbeit fördern. Um neuen Mitgliedern die spezifische Kontaktaufnahme zu erleichtern, wollen wir weiterhin auf unseren Veranstaltungen Infomaterial auslegen. Dadurch ist es sofort ersichtlich, wer dem Vorstand angehört und wer welchen Aufgabenbereich und PoliTisch-Gruppe bespielt. Im letzten Jahr haben außerdem vermehrt darangesetzt, nach unseren PoliTischen unser Kaltgetränk im Büro und nicht außerhalb zu verzehren. Daran wollen wir weiterhin festhalten, um gerade für neue FINTA und BIPoCs einen niedrigschwelligen und sicheren Raum für den informellen Austausch zu bieten.

In den letzten Jahren hat es sich als sehr gewinnbringend herausgestellt, dass sich auf den Neumitgliederseminaren weitere Personen aus dem Verbandsleben vorstellen. Das können weitere Personen aus dem Vorstand, aber auch Personen aus anderen Ebenen sein. Dabei soll auch weiterhin darauf geachtet werden, dass diese Zusammensetzung niemals rein männlich ist.

**III. Packen wir es an!**

*Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus, Antirassismus und Antifaschismus sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine Welt zu kämpfen, die unsere ist.*

# A2 Kunst statt Profit: Staatliche Filmförderung muss nicht rentabel sein

**Antragssteller: Jan Martin Hopf**

Das deutsche Kino genießt nicht gerade den besten Ruf. Es scheint, als würden dieselben Komödien seit vielen Jahren immer wieder gedreht werden, während innovative und wirklich neue Ideen recht selten groß auffallen. Ausnahmen bieten Filme, die sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Immer wieder gibt es auch Filme, die gesellschaftliche, politische Themen tiefgründig behandeln und aufzeigen, wie das Kino eine Plattform für queere, antirassistische und feministische Perspektiven bieten kann. Viel Potential hinsichtlich dieser Filme, wird jedoch gar nicht ausgeschöpft. Man könnte meinen, dass das Talent und die Ideen fehlen, die die deutsche Filmlandschaft zu einer diverseren, kreativeren gestalten könnten. Aber das Talent ist da, es wird nur nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es eine ganze Reihe an Filmhochschulen, wo die Studierenden in ihren Arbeiten ihre Kreativität beweisen. Es muss nur mehr Mittel geben, dass der Weg auf den Filmmarkt vereinfacht wird. Dafür muss die Filmförderung genauer betrachtet werden.

**Die Filmförderung**

In Deutschland gibt es Zuschüsse für Filme vom Bund (durch die Filmförderanstalt) und von verschiedenen Landesinstitutionen. Bei der Film und Medien Stiftung NRW gibt es etwa einen Sektor (P2), der sich besonders auf die Förderung von Kunst und Kultur fokussiert, in der Breite fällt die Filmförderung aber insbesondere mit wirtschaftlichem Fokus auf. Eine Produktionsfirma, meist in Form eines Filmstudios oder eines TV-Senders, der das Projekt unterstützt, ist oft essentiell, um gute Chancen auf staatliche Zuschüsse zu haben. In der Filmwirtschaft sollte sich das Projekt so bereits als wirtschaftlich aussichtsreich erwiesen haben. Bewährte Formeln, die öfters schon an den Kassen funktioniert haben, haben so gute Chancen, weitere Unterstützung zu finden. Finanziell lohnt sich das dann, es droht aber auch ein Stillstand, da künstlerische und kulturell relevante, innovative Projekte drohen, außen vor zu bleiben. Auch sind oft Zuschüsse von verschiedenen staatlichen Institutionen nötig, was einen sicheren Budgetplan sehr erschwert, da das Einholen von Budgets stufenweise geschehen muss, was gerade bei der Unsicherheit, die kleinere Projekte mit sich tragen, nochmal verstärkt wirkt. Kleinere, ambitionierte Filmideen, die zu einer breiteren Vielfalt in der Filmlandschaft führen können, müssen in Deutschland oft marktfähig gemacht werden. So müssen oft viele Kompromisse eingegangen werden und oft bleibt trotz Einbüßen kein ausreichendes Budget, um die Mitwirkenden am Set ihrer Arbeit entsprechend zu entlohnen. Neben dem oft hauptsächlich wirtschaftlichen Fokus sind die Entscheidungsstrukturen teils auch weit überholt. So kommt es vor, dass die/der Vorsitzend\*e einer Stelle allein das letzte Wort bei der Mittelbereitstellung hat und so seit vielen Jahren ein millionenschweres Budget verwalten kann. Demokratische Gremien gibt es in dem Bereich zwar ebenfalls, jedoch ist dies nicht zwingend der Fall.

**Kultureller, statt wirtschaftlicher Profit**

Grundsätzlich ist wirtschaftlicher Erfolg bei einem Film nichts Schlechtes. Er bedeutet letztendlich, dass ein Film von vielen Menschen gesehen wird und die Filmförderung so ein Produkt unterstützt, das vielen gefällt. Komödien, die aktuelle Themen lose aufgreifen, sie aber nicht weiter vertiefen und vor allem den Anspruch haben, das Publikum kurzweilig zu unterhalten, haben bei breiter Resonanz ein Recht, unterstützt zu werden. Jedoch muss auch ein weiterer Fokus auf Künstler\*innen gerichtet werden, die Wagnisse eingehen und gesellschaftlich relevante Themen weniger unterhaltsam, dafür tiefgründiger und weitreichender aufarbeiten, oder die ihrer Kreativität freien Lauf lassen und auf kein breites Publikum stoßen, dafür das eigene Publikum umso mehr inspirieren. Der Film bietet Möglichkeiten, Themen tiefgreifend zu behandeln und so etwa marginalisierten Gruppen eine Plattform zu geben und ihre Perspektiven aufzuzeigen, durch ihn können sich kreative Talente ausleben und andere inspirieren. Hier sollte der Fokus nicht auf wirtschaftliche Interessen gelegt werden, sondern auf den Mehrwert, den die Kunstlandschaft davonträgt. Die Finanztöpfe, bei denen Gremien nach diesen Kriterien entscheiden, sind zu wenig und zu klein. Private Produktionsstudios sind auf eine gewisse Profit-Sicherheit angewiesen, doch der Staat sollte dies nicht sein. Bei staatlicher Filmförderung muss die Kulturförderung an erster Stelle stehen. Diese kann sowohl breite Unterhaltungsmedien als auch kreative Projekte, die mit einem wirtschaftlichen Risiko einhergehen, umfassen. Projekte, die sonst nie entstanden wären, hätten die Chance gemacht zu werden und die Filmkultur nachhaltig zu beeinflussen und fortzuentwickeln.

**Zur aktuellen Debatte**

In den letzten Wochen wurde das Thema der Filmförderung viel diskutiert. Ein novelliertes Filmfördergesetz, ausgearbeitet vom BMK, konnte nun erfolgreich verabschiedet werden. Grundsätzlich ist die staatliche Finanzierung damit für das nächste Jahr gesichert, was ein gutes Zeichen ist, gerade da das Gesetz durch das Ampel-Aus auf der Kippe stand. Einbußen mussten hier trotzdem gemacht werden. So war ursprünglich ein Diversitätsbeirat geplant, der bei der Mittelvergabe mit am Tisch sitzen sollte. Diversität und Geschlechtergerechtigkeit sollten hierbei als Kriterien zur Mittelvergabe weiter gestärkt werden. Der geplante Beirat fällt nun weg, was viele Unterstützenden dieser Idee als große Enttäuschung wahrnehmen. Die Filmbranche fällt in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit besonders negativ auf. So ist der Gender Pay Gap hier deutlich höher als im allgemeinen Bundesdurchschnitt. Allgemein ist das Ungleichgewicht bei höher entlohnten Funktionen, wie der Produktion enorm. Um den Filmmarkt fair zu gestalten, muss staatliche Filmförderung mit den nötigen Instrumenten gestärkt werden.

Wir fordern:

* Eine Demokratisierung von Gremien, die staatliche Mittel für die Filmförderung bereitstellen
* Ein höherer Fokus auf künstlerische, kulturelle Maßstäbe, weniger auf wirtschaftliche Erfolgschancen von Filmen
* Kriterien, die auf mehr Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Produktion abzielen

# A3 Lichter an, Ängste aus: So wird die Promenade sicher

**Antragsstellerin: Marie Weiser**

Die Promenade ist ein beliebter Ort zum Joggen für die Menschen in Münster. Doch in den dunkleren Jahreszeiten sinkt die Zahl der Menschen, außerhalb der Tageszeit Laufen gehen, denn nur die eine Seite des Fahrradwegs ist beleuchtet. Der Fußgängerweg und die andere Seite sind vielen Menschen zu dunkel, um sie ohne Sorge zu nutzen.

Nun zum Antrag:

Besonders Frauen fühlen sich nachts oft unsicher, selbst an Orten, die sie tagsüber ohne Bedenken nutzen würden. Dunkelheit und schlecht beleuchtete Wege verstärken dieses Gefühl, da mögliche Gefahren schwerer einzuschätzen sind. Viele meiden deshalb einsame Strecken oder verändern ihre Gewohnheiten, um sich sicherer zu fühlen. Dieses Gefühl müssen wir als Gesellschaft ernst nehmen. Es sollte keine „frauenfreien“ Gebiete geben, keine Orte, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts meiden müssen.

Jede\*r sollte sich zu jeder Zeit und an jedem Ort frei und sicher bewegen können. Es ist nicht die Aufgabe von Frauen, ständig Strategien zur Selbstverteidigung zu entwickeln oder Orte zu meiden – es ist unsere Aufgabe als Gemeinschaft, Räume zu schaffen, in denen sich alle ohne Angst bewegen können.

Beleuchtete Gehwege machen unser Leben nicht nur sicherer, sondern auch lebenswerter. Die Promenade ist eines der Orte, die in unsere Stadt besonders schön machen. Sie sollte auch abends unabhängig von der Verkehrsart und der körperlichen Stärke nutzbar sein.

Durch die Beleuchtungen von Gehwegen werden Stolperfallen, Unebenheiten oder Pfützen sichtbar, was besonders für ältere Menschen oder solche mit eingeschränkter Sicht wichtig ist. Dadurch werden Stürze und Unfälle vermieden. Auch die Kriminalität wird verringert: Studien zeigen, dass gut beleuchtete Straßen das Risiko von Eigentumsdelikten deutlich senken. Was eine ausreichende Beleuchtung aber vor allem bewirkt ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu verringern. Man hat bei der Promenade schnell das Gefühl, dass gleich jemand aus dem Schatten hervorspringt.

Insgesamt würde eine besser Beleuchtung die Promenade aufwerten: Bürger\*innen werden ermutigt diese auch nach Einbruch der Dunkelheit zu Fuß zu benutzen und Ängste würden verringert werde.

Forderung

Es sollten Laternen auch auf beiden Seiten der Promenade angebracht werden und dafür gesorgt werden, dass auch die Gehwege gut beleuchtet sind.

# A4 “Globale Gerechtigkeit in der Finanzpolitik – die Gläubiger haben nichts zu verlieren als ihre Rendite”

**Antragssteller\*innen: Gabriel Dutilleux, Katharina Schmitt, Noah Preis**

Die Schuldenproblematik in Entwicklungsländern hat ein kritisches Ausmaß erreicht. Wie der Weltbankbericht von diesem Jahr zeigt, sind die Schuldendienstzahlungen auf einen neuen Höchststand gestiegen. Viele Länder sind in eine Schuldenfalle geraten, die ihre Entwicklung massiv behindert. Die Verschuldung wird getrieben von Versprechungen schnellen Wachstums und Kreditaufnahmen bei privaten Gläubigern. Denn aufgrund vermeintlicher Risiken fordern Gläubiger bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer hohe Renditen. So liegen die Zinssätze der Kredite für Entwicklungsländer üblicherweise bis zu achtmal höher als für europäische Länder. Diese hohen Zinslasten und fehlende finanzielle Handlungsspielräume machen die Rückzahlung der Kredite immer schwieriger. Die Folge: Drastische Einsparungen im Staatshaushalt, die zu Lasten wichtiger Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur gehen, während die Regierungen ihre Entscheidungen zunehmend an den Interessen der Gläubiger ausrichten müssen. Schulden führen dazu, dass die Regierungen ihre Entscheidungen nicht an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerungen ausrichten können. Insgesamt leben 3,3 Milliarden Menschen in Ländern, die mehr Geld für Zinszahlungen aufwenden als für Bildung oder Gesundheit.

Die jüngsten globalen Krisen, wie die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg, haben diese Schuldenproblematik noch verschärft. Steigende Zinsen, Inflation und Preisschwankungen haben ihre Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Viele Länder sehen sich gezwungen, immer neue Kredite zu immer schlechteren Bedingungen aufzunehmen, was ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit weiter einschränkt.

Insgesamt führen Schulden zu einem neuen Abhängigkeitsverhältnis, welches bis heute die Selbstbestimmung der Entwicklungsländer untergräbt. Denn Unabhängigkeit bedeutet auch das Recht, seine Wirtschaft ohne Einflussnahme durch andere Akteure mit Zahlungsmitteln versorgen und die eigene Währung kontrollieren zu können. Es ist daher dringend notwendig, nachhaltige Lösungen zu finden, um Ländern zu helfen, der Schuldenfalle zu entkommen. Dabei sind zwei Aspekte besonders wichtig: erstens, eine Reform des Internationalen Währungsfonds. Zweitens, umfassende Schuldenerlasse und ein geregeltes Verfahren zur Umsetzung dieser.

**Die überfällige Reform des Internationalen Währungsfonds**

Auf der Höhe des Zweiten Weltkriegs 1944 trafen sich in der US-amerikanischen Stadt Bretton Woods Vertreter der Regierungen der Alliierten, um die wirtschaftliche Nachkriegsordnung auszuloten. Das dabei entstandene Konstrukt, in dessen Zentrum der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank standen, wurde dementsprechend Bretton-Woods-System genannt. Grundsätzlich sind es wichtige Institutionen, die für internationale Solidarität und Zusammenarbeit stehen könnten. Die primäre Aufgabe der beiden Institutionen ist es, Ländern, die Schwierigkeiten haben, ihren Staatshaushalt über die internationalen Finanzmärkte zu finanzieren, Kredite anzubieten.

Diese Kredite werden dabei an Bedingungen geknüpft, die Strukturanpassungsprogramme (SAPs) genannt werden. Diese Bedingungen können Privatisierungen auch von Schulen und Krankenhäusern, Kürzung von Staats- und Sozialausgaben oder Senkung von Inflation sein. Das Problem ist dabei, dass die überwiegend westliche Führung des IWF die Konditionen bestimmt, was immer wieder nur wenig mit der individuellen Situation vor Ort zu tun hat. Es ist ein signifikanter Eingriff in die Demokratie, wenn fremde Staaten die eigene Innenpolitik vorschreiben. Nicht selten hat sich der IWF bei der Auswahl seiner Kriterien mehr von marktradikaler Ideologie als von einer vernünftigen Analyse der sozioökonomischen Situation leiten lassen. Gerade Kürzungen von Staatsausgaben führen häufig zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

Die Stimmverhältnisse im IWF beruhen auf dem eingesetzten Kapital, was letzten Endes zu einer klaren Dominanz der westlichen Staaten führt. Es gibt ein Vetorecht bei 15 % der Stimmen, was nur von den USA und den EU-Staaten genutzt werden kann. Und das, obwohl ein großer Teil des Geldes durch die Schuldner kommt, was vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer sind. Alle geschäftsführenden Direktor\*innen des IWF waren Europäer\*innen, seit 2019 immerhin mit der Bulgarin Kristalina Georgiewa zum ersten Mal keine Westeuropäerin. Die Präsidenten der Weltbank waren bisher jedes Mal US-Amerikaner (korrekt gegendert - es waren nur Männer).

**Ein Staateninsolvenzverfahren im Sinne der Menschen und nicht der Gläubiger**

Neben einer Reform des IWF bedarf es allerdings auch neue Institutionen, um strukturelle Überschuldung von Staaten zu verhindern. Das ist auch schon lange bekannt. Seit der Jahrtausendwende erklärten mehrere Bundesregierungen ein Verfahren zur systematischen Entschuldung von überschuldeten Staaten entwickeln zu wollen – zuletzt 2021 als es im Koalitionsvertrag der Ampel hieß „eine Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren” zu unterstützen. Viel passiert ist seitdem jedoch nicht. Man ist noch weit davon entfernt, einen internationalen Konsens zum Umgang mit Überschuldung zu finden.

Eines der größten Probleme des aktuellen Systems ist, dass strukturell überschuldete Staaten von der Güte ihrer Gläubiger abhängig sind, ob ihre Schulden überhaupt erlassen oder restrukturiert werden. Sowas wäre in einem Rechtsstaat undenkbar. Stattdessen braucht es ein geregeltes Staateninsolvenzverfahren, das die Koordination zwischen allen Beteiligten erleichtert. Innerhalb dieses Verfahrens entscheiden dann nicht mehr Gläubiger selbst, sondern ein unabhängiges Schiedsgericht über die Entschuldung von Staaten. Dabei ist klar: Die Kosten der Entschuldung können nicht nur von Staaten und öffentlichen Geldgebern getragen werden. Alle Gläubiger, d.h. auch private Geldgeber wie Banken, Investmentfonds und Rohstoffunternehmen, müssen sich an Entschuldungsinitiativen beteiligen. Das sollte in einem Staateninsolvenzverfahren berücksichtigt sein. Aber auch nationale Schuldenerlassgesetze können daran mitwirken, private Gläubiger zur Verantwortung ziehen.

Wir erkennen an, dass strukturelle Überschuldung im Gegensatz zu den Behauptungen von einigen westlichen Gläubigern nicht das Ergebnis unfähiger Führung in den betroffenen Staaten ist. Sie entsteht durch die kapitalistischen, neokolonialen Wirtschaftsweisen des Westens. Staaten werden mittels unfairer Kreditvergabe in wirtschaftliche Abhängigkeiten gezwungen, aus dessen Fesseln sie sich nicht selbst befreien können*.* Vor allem in Anbetracht der finanziellen Herausforderungen, die im Zuge der Klimakrise gerade auf Länder des Globalen Südens zukommen, muss strukturelle Überschuldung konsequent verhindert werden.

Deshalb fordern wir:

* Klimaresilienzklauseln – auch rückwirkend – in Kreditverträge aufzunehmen, damit Schuldnerstaaten im Falle einer Naturkatastrophe ausstehende Rückzahlungen pausieren können;
* ein nationales Schuldenerlassgesetz, das private Gläubiger zur Beteiligung an Schuldenerlassen verpflichtet;
* ein rechtsstaatliches Staateninsolvenzverfahren, das verbindliche und faire Regeln für die Entschuldung strukturell überschuldeter Länder festlegt;
* ein unabhängiges internationales Schiedsgericht, das transparente und gerechte Schuldenerlasse sicherstellt.
* einen Teil der Stimmrechte beim IWF denjenigen Staaten zuzugestehen, die Kredite beim IWF aufgenommen haben
* dass die Bedingungen des IWF bei der Kreditvergabe nicht Ungleichheit verstärken, die staatliche Handlungsfähigkeit dezimieren und FINTA besonders schaden.

# A5 Antrag auf Etablierung des Fachs „Integration“ in Schulen und Bildungseinrichtungen

**Antragsstellerin: Sarah Rech**

Das Schulsystem in Deutschland weist in vielerlei Hinsicht erhebliche Entwicklungspotentiale auf. Lehrkräfte, angehende Lehrer\*innen wie auch Schüler\*innen fühlen sich mit den Problemen ihrer Zeit im Regen stehen gelassen und können sich immer schlechter mit dem deutschen Bildungssystem identifizieren.

Während angehende Lehrkräfte nach ihrem Studium kaum Praxiserfahrungen in Schulen oder Bildungseinrichtungen gesammelt haben, werden sie vor die unzumutbare Herausforderung gestellt, eine Schulklasse zu unterrichten und die Verantwortung für den Lernerfolg für teilweise über 30 Lernende zu tragen. Dieser Umstand führt zu dem Gefühl der Überforderung, Selbstzweifel und mangelnder Kompetenzsicherung der Lehrkraft.

Auch aus den Augen der Schüler\*innen ist das Bildungssystem nicht entsprechend ihren Bedürfnissen ausgerichtet. Nach dem Schulabschluss ist der nahtlose Übergang in die Arbeitswelt für viele Absolvent\*innen herausfordernd.

Viele Schüler\*innen und Eltern problematisieren den fehlenden Praxisbezug während der Schulzeit. Denn: Wie können sich junge Menschen ein Bild von verschiedenen Berufsfeldern machen, wenn sie den ganzen Tag in Klassenräumen sitzen und von der Arbeitswelt bis zu einem gewissen Alter vollständig abgeschirmt werden.

Auch der Mangel an Integrationshelfenden und Sozialarbeiter\*innen spiegelt sich in der Ausgrenzung von Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderung wieder. Auf der anderen Seite lernen die Schüler\*innen erst zu spät den natürlichen Umgang mit Jugendlichen mit Behinderung kennen, was zu Stigmatisierung und Ausgrenzung führt. Gruppen von Kindern und Jugendlichen müssen daher diverser gestaltet werden, um ein Gemeinschaftsgefühl zu stärken, das alle Kinder mitbedenkt.

Wie kann man also diesen drei Problemstellungen mit einer Lösung, von der alle Parteien profitieren, begegnen?

Mit dem Schulfach „Integration für alle“ einen Beitrag für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Zukunftsaussichten schaffen.

In der Vergangenheit ist es der SPD bereits mehrfach gelungen, Maßnahmen im Bildungssektor zu ergreifen, die sich als sehr erfolgreich herausgestellt haben. Der Ausbau von Ganztagsschulen in den frühen 2000er Jahren, hat dazu beigetragen, die intensive Betreuung und Förderung auch im Nachmittagsbereich sicher zu stellen. Dieses System bietet mehr Zeit für die Vermittlung von Fachwissen und die Gestaltung von außerschulischen Aktivitäten wie Sport und Kunst. Studien zeigen, dass Schüler\*innen an Ganztagsschulen häufiger ihre Abschlüsse erlangen und in der Regel bessere Leistungen in Prüfungen erzielen. Auch inklusive Schulen bieten immer mehr Nachmittagsbetreuung an. Jedoch fehlt es an Arbeitskräften, um die längere und intensivere Betreuung in den Schulen zu gewährleisten und den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigung gerecht zu werden. Um Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen, bedarf es an Helfenden, um diese Lücke zu schließen.

Ein weiteres bedeutendes Projekt ist der „DigitalPakt Schule“, der 2019 unter der Großen Koalition mit SPD-Beteiligung ins Leben gerufen wurde. Durch den Ausbau von WLAN, interaktiven Whiteboards und digitalen Endgeräten, wurde die digitale Ausstattung der Schulen verbessert. Damit die gesamte Gesellschaft von dem Trend der Digitalisierung profitiert, anstatt sie zu entzweien, ist es wichtig, auch Menschen mit Behinderung mitzudenken. Inklusive Schulen müssen daher ebenfalls die Aufgabe ernst nehmen, ihre Lernenden mit digitalen Endgeräten vertraut zu machen. Dafür benötigt es auch junge Menschen, die in einer digitalen Welt aufwachsen, um ihr Wissen und ihre Fertigkeiten an inklusive Schulen weiterzugeben.

Anstrengungen im Bereich Integration durch die SPD sind bereits unternommen worden. So konnte 2009 das „Bundesteilhabegesetz“ verabschiedet werden, das Schüler mit Behinderungen in den regulären Unterricht integriert und den Ausbau inklusiver Schulen fördert. Inklusion ist ein wichtiges Thema und rückt immer stärker in die Mitte der Gesellschaft. Um diesen Trend weiter voranzutreiben, muss die gesellschaftliche Teilhabe erweitert werden.

Daraus ergibt sich die Forderung folgender Integrationsmaßnahme:

Lehramt Studierende und Lehrkräfte unterrichten gemeinschaftlich das Schulfach „Integration für alle“ in der jeweiligen Bildungseinrichtung. Dazu liegt ein Modell zugrunde, dass aus Phasen des theoretischen Inputs und Praxiseinsätzen besteht. Während in Unterrichtsstunden die theoretischen Grundlagen erarbeitet werden, können die Lernenden ihr neuerworbenes Wissen in kooperierenden sozialen Einrichtungen, wie z.B. Inklusionsschulen- und Klassen in die Praxis umsetzen. Auch für die angehenden Lehrkräfte stellt dieses Programm einen entscheidenden Vorteil da – die frühe Arbeit mit den Lernenden. Durch ihre Mithilfe werden die Lehrkräfte entlastet und die Studierenden lernen die realen Arbeitsbedingungen in den Schulen frühzeitig kennen. Daher können sie früher ein Gefühl dafür entwickeln, ob die Zusammenarbeit mit den Kindern auf der einen Seite der richtige Beruf für sie ist, und würden auf der anderen Seite bereits die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten für ihr späteres Berufsleben erlenen. Diese Maßnahme ist wichtig, um das Selbstbewusstsein und Kompetenzspektrum der Lehrkräfte von Morgen zu stärken. Hochschulen müssen dafür ihre Lehre weiterentwickeln und diesen Praxisbezug als festen Bestandteil in den Lehrplan implementieren. Darüber hinaus profitieren ebenfalls die Jugendlichen, indem sie immer wieder die gewohnte Bildungseinrichtung verlassen und somit an einem anderen Lernort ihren Horizont erweitern können. Soziale Berufe müssen personell gestärkt werden, sodass frühzeitig junge Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium im sozialen Bereich begeistert werden. Viele Absolvent\*innen, wissen nicht, in welchen Bereichen sie eine Perspektive für sich sehen und denken über die Bereiche nach, in denen sie bereits Erfahrungen gesammelt haben. Dabei sind nicht nur Frauen und Mädchen die Zielgruppe, was durch Stereotypen häufig suggeriert wird, sondern genauso die Jungen und Männer können sich in jungen Jahren mit Tätigkeiten im Sozialwesen identifizieren.

Das Bildungssystem steht dauerhaft stark in der Kritik. Es ist an der Zeit, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen und die Probleme jetzt zu adressieren.

# A6 Aus der Geschichte lernen heißt aus der Geschichte lernen – Geschichtsorte als Mahnmale und Bildung zugleich!

**Antragssteller: Leonid Ormeloh**

Wir leben in beunruhigenden Zeiten – der rasante Aufstieg der rechtsextremistischen AfD in Deutschland und anderen rechter Kräfte in Europa trägt Hass und Intoleranz nicht nur in die Parlamente, sondern auch mitten in den gesellschaftlichen politischen Diskurs. Durch die zunehmende radikale Rhetorik wird eine gesellschaftliche Polarisierung verstärkt, die volksverhetzenden und rassistischen Parolen längst einen Platz im politischen Spektrum ermöglicht hat. Auch auf internationaler Ebene lassen sich besorgniserregende Tendenzen beobachten: Die Wiederwahl von Trump in den USA hat weltweit für Aufsehen gesorgt und erneut einen politischen Kurs etabliert, der von nationalistischer, rassistischer und misogyner Rhetorik geprägt ist.

*Rote Karte dem Antisemitismus – Gedenken statt Verschweigen!*

Diese Entwicklungen gehen mit einer exponentiellen Zunahme von antisemitischen Gewalt- und Straftaten einher, die sowohl in der Gesellschaft als auch auf politischer Ebene immer mehr Raum greifen. Der gesellschaftliche Rechtsruck, der besonders bei jungen Wähler\*innen stark zu beobachten ist und die damit verbundenen politischen Herausforderungen stellen alle Demokrat\*innen vor die Frage, wie aktiv gegen diese Entwicklungen vorgegangen werden muss.

Eine Erkenntnis: Besuche von Geschichtsorten müssen verpflichtend in die Schulgesetze aller Bundesländer aufgenommen werden - ganz nach dem Vorbild des Saarlandes.

Durch einen gemeinsam Anfang Dezember 2024 beschlossenen Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen im saarländischen Landtag, der Schüler\*innen dazu verpflichtet, mindestens einmal im Laufe ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte oder ein Konzentrationslager besucht zu haben, sollen die politische und historische Bildung sowie das Demokratiebewusstsein der Schüler\*innen gefördert werden. Dieser Beschluss ist sinnvoll, definitiv aber auch noch verbesserungswürdig.

*Entschiedenes Vorgehen gegen antidemokratische Ideologisierung von Schüler\*innen!*

Die extreme Rechte hat schon vor Jahren erkannt, dass viele Schüler\*innen im jugendlichen Alter, die oftmals noch keine politisch gefestigte Meinung haben, sehr anfällig für ihre menschenverachtende Ideologie sind. So sind es meistens Kinder und Jugendliche, die durch ihren ersten Kontakt mit Rechtsextremen schnell in deren Bann gezogen werden. Um dies zu verhindern ist es zwingend erforderlich, Schüler\*innen bereits so früh wie möglich zu sensibilisieren und ihnen die Folgen der NS-Diktatur aufzuzeigen. Auch werden in vielen Schulen gesellschaftliche Fächer (Geschichte, Politik bzw. Sozialwissenschaften) oftmals nur temporär und begrenzt angeboten, was die Förderung eines Demokratie- und Geschichtsbewusstseins erschwert. Dies dürfen wir als Jusos nicht hinnehmen! Antifaschismus, Antirassismus und der Kampf gegen Antisemitismus müssen in den Schulen genauso gelernt werden wie Mathematik- und Deutschunterricht!

*Geschichtsunterricht darf nicht nur theoretisch gestaltet werden – auch praktische Erfahrungen gehören zur politisch-historischen Bildung dazu!*

Wir erinnern uns alle sicherlich daran – der Geschichtsunterricht, aber auch im Allgemeinen die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, werden in Schulen oft sehr theoretisch unterrichtet, mit wenigen praktischen Erfahrungen wie Exkursionen, thematisch bezogenen Filmen oder historischen Quellen. Um jedoch Schüler\*innen ein breites Bild der Vergangenheit aufzuzeigen und sie sensibler zu bilden, ist eine direkte Konfrontation mit den Gräueltaten der Vergangenheit zwingend notwendig. Natürlich muss aber je nach Alter der Schüler\*innen die Intensität der gezeigten Materialien abgewogen werden, dies gilt insbesondere bei Video- und bzw. oder Bildmaterial. Auch nicht-konfrontative Lehrmittel müssen erarbeitet werden, damit Schüler\*innen, die zu den Opfergruppen des Nationalsozialismus gehören, ebenfalls unterrichtet werden können, ohne dass sie konfrontiert werden müssen. Selbstverständlich sollen die klassischen Medien im Unterricht (Bücher, der Vortrag der\*des Lehrenden etc.) nicht zu kurz kommen, um den Unterricht aber gezielter zu gestalten, ist eine weitere Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, insbesondere auch mit der Frage nach der deutschen Staatsräson und der historischen Verantwortung Deutschlands in Bezug auf Israel und jüdisches Leben, erforderlich.

Forderungen:

1. Verpflichtung für Schüler\*innen zum Besuch von NS-Gedenkorten mindestens einmal in jeder Phase der weiterführenden Schulausbildung (Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe). Ausgenommen davon sind Schüler\*innen, die zu den Opfergruppen des Nationalsozialismus gehören. Diese entscheiden im eigenen Ermessen.
2. Zeigen von Filmen, die sich mit dem Thema des Nationalsozialismus oder anderer autokratischer Herrschaften beschäftigen, mindestens einmal im Schuljahr im Geschichtsunterricht; Beispiele: "Das Leben der Anderen" (2006), "Der Untergang" (2004), "Schindlers Liste" (1993), „Der Junge im gestreiften Pyjama“ (2008), "Sophie Scholl – Die letzten Tage" (2005), "Die Welle" (2008) etc.
3. Geschichts- und Politikunterricht dürfen in Schulen nicht nur begrenzt angeboten werden, beide müssen Schüler\*innen mindestens bis einschließlich der Einführungsphase bzw. 10. Klasse jährlich ohne Ausnahmen belegen.
4. Die historische Verantwortung Deutschlands für Israel und jüdisches Leben muss in den Lehrplan des Faches Geschichte als einzelnes Thema aufgenommen werden, da das Thema aktuell im Schulunterricht viel zu kurz kommt.
5. Im Politikunterricht muss das Thema Extremismus und dessen Gefahren präsenter werden, hierbei sollte ein besonderes Auge auf Rechtsextremismus und Islamismus gelegt werden (auch nach den Erfahrungen und Taten der vergangenen Jahre).
6. Jede Änderung der Lernpläne müsste vorher im Hinblick auf Kinder- und Jugendschutz genau mit Psycholog\*innen besprochen werden, da eine fachliche Einschätzung zwingend erforderlich ist.

Quellen:

<https://www.deutschlandfunk.de/landtag-beschliesst-pflicht-fuer-schueler-zum-besuch-von-ns-gedenkstaetten-100.html>

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/saarland-verpflichtet-alle-schueler-zum-besuch-von-ns-staetten/>

<https://www.reflexionstool-demokratiebildung.de/aktuelles/ichstehauf-schulen-fuer-demokratie-und-vielfalt-am-6-juni-2024>

<https://www.schulministerium.nrw/demokratie-foerdern-und-regionale-geschichte-erlebbar-machen-das-kommunale-verbundprojekt>

<https://www.schulministerium.nrw/presse/pressemitteilungen/demokratie-erleben-jungen-jahren-15-01-2024>

<https://www.demokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2021/07/izpb44_Moeller.pdf>

# A7 Nicht alles was neu ist glänzt – Warum Neubauten nicht mehr zeitgemäß sind

**Antragssteller\*in: Malin Koch**

Dass heute umweltfreundlich gebaut wird, ist oft das Flaggschiff neuer Projekte. Während es stimmt, dass bei heutigen Gebäuden durchaus CO2 eingespart wird, passiert dies hauptsächlich in der späteren Nutzung durch beispielsweise geringere Heizungskosten, nicht im Bau. Neu zu bauen ist ein Luxus, den wir uns in der aktuellen Klimakrise eigentlich nicht mehr leisten können. Für viele kommt das vielleicht überraschend, in der Architektur ist es schon längst Konsens, auch wenn dieser weitestgehend ignoriert wird.

Besonders der Neubau in Folge auf einen Abriss ist nicht mehr rechtfertigbar, es passiert aber regelmäßig. Laut Hochrechnungen der Deutschen Umwelthilfe werden bei Abriss und Neubau ein Drittel mehr CO2 verbraucht als bei einer Sanierung. Bei einem kompletten Stopp von Neubauprojekten dieser Art könnten 1,1 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden. Zum Vergleich: im Jahr 2023 war der Bausektor in Deutschland für circa 88 Millionen Tonnen CO2 verantwortlich. Bei einem typischen Mehrfamilienhaus verbraucht die Sanierung sogar nur halb so viel wie der Neubau. Zudem werden in Deutschland immer noch nur ein Drittel der Bauabfälle recycelt, während die Abfälle des Bausektors mehr als die Hälfte des deutschen Abfalls ausmachen.

Selbst der Neubau von Wohnungen ist nicht so unausweichlich wie oft dargestellt. Ein Lösungsansatz, der auch auf die Diskrepanz von gewünschtem Wohnort und freien Wohnungen reagiert, ist die Umnutzung von Büroflächen. Der Büroleerstand ist in den in den letzten Jahren gestiegen und das geschätzte Flächenpotential dieser Büro- und Verwaltungsgebäude liegt bei 1,86 Millionen Wohnungen bis 2040 (Deutsche Umwelthilfe), also sogar weitaus mehr als die von der Ampel ursprünglich geplanten 400.000 Wohnungen. In Münster stehen zum Beispiel aktuell knapp 45.000 Quadratmeter leer, bei aktuell circa 2000 Wohnungslosen in Münster könnte mit dieser Fläche die Hälfte des Bedarfes gedeckt werden. Dies sind natürlich nur Hochrechnungen und nicht jedes Büro eignet sich auch zur Wohnnutzung, aber es macht deutlich, dass ein Strategiewechsel zielführend und klimafreundlich sein kann.

Darüber hinaus könnten durch die Aufstockung von Bestandsgebäuden in Wohnbau, Bürobau, sowie Einkaufs- und Parkhäuser weitere 2,4 Millionen Wohnungen entstehen. Dabei gibt es auch finanzielle Vorteile: Während eine Wohnung im Neubau 3.400€ pro Quadratmeter kostet, sind es bei Umbauten von Bestand durch Aufstockung nur 2.500€, beim Umbau von Büroflächen sogar nur 1.300€. Zudem bieten die Aufstockungen von Einkaufs- und Parkhäusern oft Innenstadtlage, die besonders gefragt ist.

Das Recht auf bezahlbaren und würdigen(?) Wohnraum ist für uns ein Grundwert, deshalb ist die Ablehnung von Neubauten erst kontraintuitiv, dieses Ziel zu verfolgen ist aber auch Teil dieses Antrags. Bei Ausnutzung des vollen Potentials von Büro- und Verwaltungsflächen, Umnutzung sowie Aufstockung des Baubestand könnten 4.3 Millionen Wohnungen geschaffen werden, ohne neue Flächen zu versiegeln, unter geringeren Ressourcen Aufwand, klimafreundlicher und kostengünstiger als Neubauten.

Zudem sind aktuell 42% des Wohnbau Bestands sanierungsbedürftig. Von den 1.9 Millionen leerstehenden Wohnungen sind circa 1 Millionen sanierungsbedürftig und nicht bewohnbar. Auch 3.600 Quadratmeter bundeseigner Wohnungen stehen im Moment leer, viele sind aus Sanierungsbedarf nicht nutzbar. Hier ergibt sich also ebenfalls ein Potential. Generell werten Sanierungen den Bestand auf. Die Senkung der Energiekosten durch die Umbauten können die Mieter entlasten, wenn Mieterhöhungen nach der Sanierung eingeschränkt werden. Bessere Lebensqualität und Klimaschutz gehen also Hand in Hand.

Deshalb fordern wir:

* Reduzierung von Neubauten zu Gunsten von alternativen Strategien zur Schaffung von Wohnraum
* Starke Einschränkung von Abrissen
* Erleichterung und Förderung von Umnutzungen von Büro- und Verwaltungsflächen zu Wohnraum
* Förderung von Sanierungen
* Erleichterung und Förderung von Aufstockung des Bestands
* Mehr Werbung/Aufklärung zu bestehenden Programmen der Regierung mit diesen Zielen

Die Einschränkungen von Neubauten durch eine Änderung der Landesbauordnung sollten durch die Erleichterung von Alternativen entstehen. Für eine nachhaltige und sozialgerechte Entwicklung des Wohnungsmarktes braucht es rechtliche Grundlagen, sowie Förderungen, die auf kommunaler bis zur Bundesebene geschaffen werden können. Auch politische Arbeit ist nötig, um ein Umdenken beim Thema Neubauten zu bewirken.

# A8 Weniger Festung Europa und Laissez-faire: Einen linken Gegenentwurf für eine progressive Migrationspolitik entwickeln

**Antragssteller: Liam Demmke**

Migration prägt die Lebensrealität unserer Gesellschaft – in Münster, in Deutschland, in Europa und global. Doch die aktuelle politische Debatte wird geprägt von Abschottung, populistischen Parolen und kurzfristigen Krisenreaktionen. Migration ist nicht nur in Deutschland ein bestimmendes Thema – weltweit, ob bei den Wahlen in den USA oder an der polnisch-belarussischen Grenze, sehen wir die gefährliche Rhetorik autoritärer Regime und rechter Parteien. Rechte Kräfte treiben aus Machtkalkül systematisch gesellschaftliche Spaltung voran, von der Unterschriftenaktion Roland Kochs Anfang der 2000er über Sarrazin bis zur heutigen Abschiebe-Rhetorik der Bundesregierung.

Das zeigt: Fortschritt passiert und hält nicht automatisch – er muss erkämpft und verteidigt werden. Das blinde Vertrauen auf Institutionen und das Erkämpfte reicht nicht aus. Neben dem neoliberalen Ansatz der wirtschaftlichen Nützlichkeit und finanziellen Unterversorgung und der autoritären Festung Europa braucht es eine klare, linke Position. Die politische Linke tut sich allerdings schwer, sich mutig zur Frage zu positionieren: Wer gehört zur Gesellschaft dazu? Wieder liegt es an uns Jusos, diese Debatte entschieden zu führen. Gerade wenn unsere Mutterpartei sich zu wenig gegen Abschiebefantasien stellt, muss unsere Antwort auf einem klaren Verständnis von Menschen-würde, sozialer Sicherheit und der Anerkennung pluraler Lebensrealitäten basieren.

Leider bleibt die Realität der Einwanderungsgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt unsichtbar: Von prekarisierten Jugendlichen über Altersarmut bis hin zu einer wachsenden migrantischen Mittelschicht existieren Lebensrealitäten, die in der politischen Debatte kaum eine Rolle spielen. Wir Jusos nehmen diese Herausforderung an und positionieren uns klar: Für eine Gesellschaft der Neugier, für eine Migrationspolitik der Menschlichkeit und gegen die Abschottungslogik.

*Vier Bekenntnisse für eine linke Einwanderungspolitik*

Wir bekennen uns daher zur **Menschenwürde** als unverhandelbaren Grundsatz: Menschenrechte sind universell. Die Würde des Menschen muss im Zentrum migrationspolitischer Entscheidungen stehen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder ökonomischem Nutzen. Wir bekennen uns zu einem **starken, sozialen und sichern-den Staat**: Sicherheit darf nicht auf Grenzkontrollen und Abschottung reduziert werden. Ein starker Staat bedeutet vielmehr: Sichere Fluchtrouten, globale soziale Sicherheit durch internationale Solidarität und soziale Sicherheit für die Menschen in Deutschland – ob mit oder ohne Migrationsgeschichte. Wir bekennen uns zur **Pluralität der Lebensrealitäten**: Deutschland ist eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Die Lebensrealitäten von Menschen, die nach Deutschland gekommen sind oder deren Familien Migrationsgeschichten haben, sind unterschiedlich. Rückkehrfantasien zu einer homogenen „deutschen“ Gesellschaft sind nicht nur illusionär, sondern gefährlich – und Zeugnis langer deutscher Kontinuitäten, die im Kolonialismus und im Nationalsozialismus Ausdruck fanden. Und wir bekennen uns zur **Gesellschaft der Neugier**: Migration bietet die Chance für innovative Perspektiven. Wir begreifen viele Blickwinkel nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung.

*Vier Forderungen für eine linke Einwanderungspolitik*

Wir fordern daher, **an Erfolge anzuknüpfen**: Die Reform des Staatsangehörigkeits-rechts und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz waren wichtige Fortschritte. Diese Re-formen müssen weiterentwickelt und verteidigt werden. Gleichzeitig darf sich die Sozialdemokratie nicht an populistische Abschieberhetorik anpassen. Münster geht – richtigerweise - mit der Ablehnung der Bezahlkarte für Geflüchtete den richtigen Weg. Gleichzeitig muss die Stadt mehr dafür tun, um der sozialen Spaltung der Stadtteile etwas entgegenzusetzen. Wir fordern außerdem, **mutige Erzählungen** zu entwickeln

statt defensiver Rechtfertigungen: Die breite Mobilisierung bei den Demos gegen rechts Anfang 2024 hat gezeigt, dass viele Menschen für eine solidarische Gesellschaft auf-stehen. Die Sozialdemokratie muss diesen Moment nutzen, um eine positive Erzählung von Migration zu etablieren, die über das bloße Abwehren rechter Narrative hinausgeht. Deshalb braucht es eine stringente Politik statt symbolischer Reflexe: Die politischen Reaktionen auf Anschläge wie in Solingen oder auf rechte Gewalttaten waren oft von politischen Übersprungshandlungen und Symbolpolitik geprägt. Gleichzeitig werden progressive Forderungen nach strukturellen Veränderungen kaum umgesetzt. Diesen Widerspruch müssen wir aufbrechen. Wir müssen zudem unsere **europäische Verantwortung ernst nehmen**: Die Zustände an den EU-Außengrenzen, die Militarisierung von Frontex und das Sterben im Mittelmeer sind keine Randthemen, sondern humanitäre Katastrophen. Deutschland muss sich aktiv für eine europäische Migrationspolitik einsetzen, die auf Solidarität und Menschlichkeit basiert. Die Stadt Münster sollte in einem Netzwerk aufnahmebereiter Kommunen energischer voranschreiten. Zudem müssen wir die **Strategien rechter Autokraten entlarven**: Ob an der Grenze zwischen Belarus und Polen oder in den Kampagnen rechter Parteien in Europa – Migration wird gezielt instrumentalisiert, um Ängste zu schüren, Gesellschaften zu spalten und sozialen Kahlschlag in anderen Bereichen rhetorisch einzuleiten. Diesen Mechanismus müssen wir klar benennen und durchbrechen.

*Vier Ideen für unsere Verbandsarbeit*

Für unseren Verband wollen wir erreichen, nicht nur gegen etwas, sondern für etwas zu streiten: Unser Ziel ist eine **klare, positive Vision einer progressiven Migrations-politik**. Nicht nur die Abwehr rechter Angriffe, sondern die Formulierung eigener, zukunftsfähiger Konzepte muss im Vordergrund stehen. Zu oft wird das Credo „Wenig Sicherheit können sich nur die Reichen leisten“ von Konservativen und Rechten genutzt, um Law-And-Order-Politik zu begründen. Gleichzeitig nehmen wir das Bedürfnis, sich vor den negativen Einflüssen von Globalisierung, Strukturwandel und gesellschaftlicher Beschleunigung zu schützen, ernst. Echte Sicherheit bedeutet für uns aber sozi-ale Gerechtigkeit, Teilhabe und ein Leben ohne Angst vor Armut, Diskriminierung oder Gewalt. Für Münster gehen wir deshalb den Weg des Landes- und Bundesverbands und wollen unser Verständnis von **Innenpolitik und Sicherheit von links definieren**. Deshalb wollen wir unsere **innerverbandliche Bildungsarbeit in Münster stärken**: Wir brauchen Räume zur Reflexion und die Diskussion migrationspolitischer Fragen. Unsere Bildungsarbeit ist das zentrale Werkzeug, um die Debatte selbstbewusst führen zu können. Deshalb muss gerade im akademisch geprägten Münster unser Anspruch sein, Migration ins Zentrum unserer Bildungsarbeit zu rücken. Natürlich müssen wir uns auch prüfen, wie wir die **Breite der Einwanderungsgesellschaft in unseren Strukturen abbilden** – und ob wir wertschätzend mit unterschiedlichen Perspektiven umgehen.

Migration ist Teil unserer Gesellschaft und wird es immer sein. Statt uns auf Nützlichkeitserwägungen, wirtschaftliche Kalküle oder defensive Reaktionen zu beschränken, müssen wir eine klare Vision formulieren. Die MV beschließt diesen Antrag als Grund-lage für die politische Arbeit im Jahr 2025 – sowohl innerhalb des Verbandes als auch in der gesellschaftlichen Debatte. Er ergänzt unsere konkreten Beschlusslagen zur Asylpolitik im Gesamtverband um einen allgemeinen roten Faden in den Fragen nach Einwanderung, Zugehörigkeit und Offenheit: Für eine Gesellschaft, die Pluralität lebt und schützt. Für eine Politik, die Menschenwürde ins Zentrum stellt. Für einen Staat, der Sicherheit nicht durch Abschottung, sondern durch soziale Gerechtigkeit garantiert.